

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Linke-rueckt-von-strengen-Klimazielen-ab>

Linke rückt von strengen Klimazielen ab

Überraschender Wechsel auf SPD-Kurs: Die Klimaschutzziele der rot-roten Landesregierung in Brandenburg werden voraussichtlich deutlich abgesenkt. Nach dem SPD-geführten Wirtschaftsministerium sehen auch führende Politiker der Linke die Ziele nach derzeitigem Stand als nicht mehr zu erreichen an. Kritik kommt von Umweltverbänden.

Potsdam Mehr Infos

Artikel veröffentlicht: Montag, 21.08.2017 21:14 Uhr

Nächster Artikel

[Braunkohle-Papier sorgt für Unruhe](#)

Braunkohletagebau Jänschwalde

Quelle: picture alliance / dpa



Potsdam. Die rot-rote Koalition in Brandenburg wird aller Voraussicht nach die Klimaschutzziele in ihrer Energiestrategie 2030 deutlich absenken. Nach SPD-Wirtschafts- und Energieminister Albrecht Gerber (SPD) signalisierte jetzt auch die Linke überraschend, dass die strengen Klimapläne nicht zu halten seien. In einem internen Papier der

Fraktionsspitze im Landtag heißt es, auf das Ziel, die Kohlendioxid-Emissionen bis 2030 um 72 Prozent zu senken, müsse verzichtet werden.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linken-Fraktion, Matthias Loehr, sagte der MAZ: „Wir werden vermutlich unsere eigenen ambitionierten Ziele um wenige Jahre verfehlen.“ Als Gründe werden in dem Papier auf das gestiegene Wirtschaftswachstum und veränderte Rahmenbedingungen bei der Energiegewinnung durch Braunkohle verwiesen. So soll das Braunkohlekraftwerk Jänschwalde nach dem Wunsch des Eigentümers länger als geplant laufen. Als die Energiestrategie 2030 verabschiedet wurde, sei zudem die CCS-Technologie als Option noch nicht vom Tisch gewesen, hieß es. Damit schwenkt die Linke weitgehend auf den Kurs von Minister Gerber und der brandenburgischen SPD ein.

Loehr sagte weiter, das Papier beschreibe lediglich einen „Ist-Zustand“ in der Energiepolitik und bedeute keine Absage an den Klimaschutz. Neben dem weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien werde auf einen „schrittweisen Ausstieg“ aus der Braunkohle in der Lausitz gesetzt, der in dem Papier auf 2040 angepeilt wird. Es gebe in der Fraktion auch noch keinen Beschluss. Zunächst werde nach der Sommerpause über die Energiestrategie 2030 beraten, die bis zum Jahresende novelliert werden soll.

Das Papier der Linken gilt als brisant. Neben Loehr wurde es von Fraktionschef Ralf Christoffers und dem parlamentarischen Geschäftsführer Thomas Domres bereits kurz nach der Ankündigung von Wirtschaftsminister Gerber Mitte Juli erarbeitet, wonach die Klimaschutzziele begraben werden müssten. Die Autoren wollten damit ihrer Partei angeblich interne Argumentationshilfe geben. Nun geraten die umstrittenen Äußerungen mitten in den Bundestagswahlkampf.

Innerhalb der Linken wird dies als misslich angesehen, da die Positionierung Angriffsflächen im Wahlkampf bietet. Ursprünglich sollte die Debatte erst nach der Bundestagswahl am 24. September geführt werden. Als realistisch wird als Klimaschutzziel nun ein Minus von 60 Prozent der Emissionen im Vergleich zu 1990 angesehen. Loehr sagte, damit würde Brandenburg immer noch die Klimaschutzziele des Bundes erreichen.

Kritik an den Linken übten Grüne und Umweltverbände. Mit diesem Kurs würde die Linke ihre klimapolitische Kompetenz zugunsten der Regierungsbeteiligung in Brandenburg „an den Nagel“ hängen. „Wenn der Linken-Bundesspitze ihre Glaubwürdigkeit beim Klimaschutz tatsächlich wichtig ist, dann muss sie hier intervenieren“, sagte Baerbock. Michael Schäfer, Klimaschutzexperte beim WWF Deutschland, sieht die Brandenburger Linke im krassen Widerspruch zu den Versprechen des Spitzenkandidaten Dietmar Bartsch. Der habe erklärt, dass die „größten Schmutzfinken“ unter den Kohlekraftwerken schnellstmöglich vom Netz zu nehmen seien.

Claudia Kemfert, Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, bezeichnete im MAZ-Gespräch das Argument der Landesregierung, die Kohlekraftwerke müssten zur Absicherung der Grundlast am Netz bleiben, als „Mythos“.

Von Torsten Gellner und Igor Göldner

<http://www.maz-online.de/Brandenburg/Braunkohle-Papier-sorgt-fuer-Unruhe>

Braunkohle-Papier sorgt für Unruhe

Die Fraktionsspitze der Brandenburger Linken rückt von der Energiestrategie 2030 ab. Damit schwenkt der Koalitionspartner auf SPD-Linie um. In der Partei sorgt das für Unruhe. Erinnerungen an 2014 werden wach, als die Frage nach neuen Tagebauen die Partei in heftige Turbulenzen brachte. Die ehemalige Umweltministerin Anita Tack (Linke) zeigte sich „irritiert“.

Voriger Artikel

[Linke rückt von strengen Klimazielen ab](#)

Artikel veröffentlicht: Dienstag, 22.08.2017 06:21 Uhr

Artikel aktualisiert: Dienstag, 22.08.2017 07:23 Uhr

Nächster Artikel

[Weiter Verspätungen im Bahnverkehr](#)

Wie weiter mit der Braunkohle im Lausitzer Revier? Die Frage wird innerhalb der Brandenburger Linken ganz unterschiedlich beantwortet.

Quelle: dpa



Potsdam. Carsten Preuß ist sauer: „Mit dem, was sich hier gerade in Brandenburg abzeichnet, können wir unser Wahlprogramm nicht umsetzen. Dann schaffen wir den Kohleausstieg bis 2035 nicht.“ Preuß ist Vorsitzender des Bunds für Umwelt und Naturschutz (BUND) und tritt als parteiloser Kandidat für die Linke bei der Bundestagswahl an. Im Wahlprogramm, für das

er wirbt, heißt es wenig missverständlich: „Spätestens 2035 muss der letzte Kohlemeiler vom Netz gehen.“

[Doch nun wendet sich die Fraktionsspitze im Brandenburger Landtag von der bisherigen Energiestrategie ab und verabschiedet sich vom Ziel, wonach 72 Prozent weniger Kohlendioxid bis zum 2030 im Land anfallen sollen.](#) „Die Gründe für diese Abkehr erschließen sich mir einfach nicht“, sagt Preuß. „Brandenburg passt seine Energiestrategie dem Revierkonzept von Leag an. Umgekehrt wird ein Schuh draus: Die Landesregierung muss Vorgaben machen, und der Energiekonzern muss sein Konzept daran anpassen“, sagt er.

Energiestrategie an Pläne von Leag angepasst

Im Frühjahr hatte Leag, der neue Eigentümer der Tagebaue und Kraftwerke in der Lausitz, seine Pläne präzisiert. Darin verzichtet der Konzern auf den neuen Tagebau Jänschwalde-Nord und auf den Bau eines modernen Kraftwerks, das weniger CO₂ ausstoßen würde. Stattdessen soll das alte Kraftwerk Jänschwalde länger arbeiten und bis 2030/33 am Netz bleiben. „Damit entfällt jedoch im Stromerzeugungssektor Brandenburgs eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür, das Ziel einer Reduzierung der CO₂-Emissionen um 72 Prozent gegenüber 1990 zu erreichen“, heißt es in dem internen Papier der Fraktionsspitze.

Die Linke reagiert damit auf den Vorstoß von Wirtschaftsminister Albrecht Gerber (SPD), der vor einem Monat die bisherigen Klimaschutzziele in Frage gestellt hatte. Statt der 72 Prozent weniger CO₂ sollen es nunmehr 55 bis 62 Prozent sein – ausgehend vom Basisjahr 1990. Als Gerbers Pläne bekannt wurden, distanzierte sich die Linke noch davon. Doch nur wenige Tage später – nämlich schon am 21. Juli – entstand jener Vermerk der Fraktionsspitze, der in der Partei erneut für Unruhe sorgt.

Kohlepolitischer Treueschwur

So wie im Jahr 2014, als kurz vor der Landtagswahl die Linke von der Kohlefrage heimgesucht wurde und die Spaltung der Partei in dieser Sache offen zu Tage trat. Damals nötigte die SPD der Linken einen kohlepolitischen Treueschwur ab. Die Linken-Minister stimmten im Kabinett weiteren Tagebauen zu, die die Abbaggerung mehrerer Orte zur Folge gehabt hätten. Die Bundesparteispitze hatte zuvor vergeblich versucht, die linken Landesminister vor den „gravierenden Folgen“ für die „Glaubwürdigkeit linker Politik“ zu warnen.

Ehemalige Umweltministerin ist irritiert

Anita Tack (Linke), die damals Umweltministerin war und dem Tagebaubeschluss zähneknirschend zugestimmt hatte, ist über den aktuellen Umgang mit der Energiefrage innerhalb der Fraktionsführung „irritiert“. Die Fraktion sei in dieser wichtigen Angelegenheit nicht informiert worden. Tack hatte sich schon vor einem Monat entschieden gegen ein Einknicken in Sachen Energiestrategie gewehrt. „Und dabei bleibe ich auch: Eine Reduktion der Klimaziele kann nicht unsere Position sein“, sagt sie. „Wir müssen im Energiebereich, bei der Wärmedämmung, beim Verkehr ansetzen, um die Ziele doch noch zu erreichen.“

Das meint auch Carsten Preuß, der für die Linke von Zossen (Teltow-Fläming) aus in den Bundestag will. „Beim Nahverkehr könnte man viel mehr machen“, sagt er. Brandenburg sei ein Pendlerland, habe die Zugverbindungen aber sträflich vernachlässigt.

CO₂-Ausstoß stagniert seit Jahren

Seit Jahren stagniert der Ausstoß an klimaschädlichem CO₂ in Brandenburg. Der Hauptanteil geht allerdings nicht auf das Konto von Autofahrern, sondern auf das der Lausitzer Kraftwerke. Immerhin: Im kommenden Jahr kann Brandenburg seine Energiebilanz erstmals verbessern, allerdings nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil der Bund alte Kraftwerksblöcke in eine sogenannte Sicherheitsbereitschaft überführen wird. Diese Idee war von Brandenburg heftig bekämpft worden.

Im Oktober 2018 geht ein 500-Megawatt-Block in Jänschwalde vom Netz, ein Jahr später kommt ein zweiter dazu. In Sicherheitsbereitschaft zu sein, bedeutet: Die Blöcke könnten wieder hochgefahren werden, wenn es nötig wird. Bei Leag geht man fest davon aus, dass dies der Fall sein wird. Denn die Erneuerbaren Energien seien nicht in der Lage, die Stromversorgung dauerhaft und sicher zu garantieren. Leag-Chef Helmar Rendez wird nicht müde, dies zu betonen. Die Kohleverstromung bezeichnet er als „Innenverteidigung der deutschen Energieversorgung“.

Von Torsten Gellner